

86. Jahrgang, Wien, Montag, den 26. April 1920, Nr. 144.

Wiener Kinder aus dem Ausland. Mittwoch, um 6 Uhr 40 früh kommt der erste Zug mit Wiener Kindern aus Heidelberg am Westbahnhof an. - Donnerstag, um 6 Uhr 40 früh kommt der erste Kinderzug mit Wiener Kindern aus Augsburg am Westbahnhof an. - Freitag, um 2 Uhr nachmittags langt der letzte Kinderrücktransport aus Südtirol am Westbahnhof ein. - Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

Diplome für Schrebergärtner-Schulkinder. An tausend Schulkinder versammelten sich Sonntag vormittag im Festsaal des Rathauses, um für ihre in den Schulkinder-Schrebergärten geleistete Arbeit die Anerkennung der Gemeinde Wien in Form von Diplomen zu empfangen. Zur Feier hatten sich eingefunden Bgm. Reumann, VB. Hoss, die StRr. Hellmann, Linder, Kokrda, GR. Rzehak, Magistratsrat Dr. Paul, Landeschulinspektor Gerstner vom Staatsamt für Unterricht, Landeschulrat Dr. Becker, die Bezirksschulinspektoren Höttil, Tremmel, Schmiedel und Weirich. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Chor, vorgetragen von den Schulkindern des 3. Bezirkes. StR. Linder wies in seiner Ansprache auf die Anfänge der Gartenwirtschaft der Schulkinder hin und anerkannte die Tätigkeit, die die Schulkinder im Gemüsebau und in der Gartenwirtschaft seit dem Jahre 1915 leisteten. Bgm. Reumann sprach im Namen der Gemeinde Wien den Schrebergärtner Kindern für ihre Emsigkeit den Dank aus und ermahnte sie auch in Zukunft ihre Gärten mit Eifer und Liebe zu betreiben. Er betonte, daß die Gemeinde schon im Jahre 1915 die Notwendigkeit erkannt hatte, das Bestreben und die Arbeit der Schulkinder in ihren Schrebergärten zu unterstützen. Rund zehntausend Schulkinder haben in ihren Schrebergärten gearbeitet und wenn diese Zahl auch noch nicht als entsprechend angesehen werden kann, so zeigt sie nur, daß die Arbeit ausgebaut werden müsse. Die Gemeinde ist bestrebt den Schulkindern Boden für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen, doch stellen sich diesem Bestreben viele Schwierigkeiten entgegen. Unter den jetzigen Verhältnissen wird es noch geraume Zeit dauern, entsprechende Grundflächen zur Verfügung stellen. Im Jahre 1919 haben die Schulkinder auf 250.000 Quadratmeterfläche ungefähr 120.000 kg Kartoffeln und 50.000 kg Gemüse geerntet, was nach den jetzt geltenden Preisen einen Wert von ungefähr 1 3/4 Millionen Kronen darstellt. Die Arbeit der Kinder in ihren Gärten hat in diesen die Liebe zur Natur geweckt und entzieht sie den Gefahren der Straße. Die Arbeit in den Schrebergärten ist für die Kinder ein Anschauungsunterricht wie er nicht besser gedacht werden kann. Der Bürgermeister sprach den Kindern, den Lehrpersonen und allen, die sich in den Dienst der Sache stellen, den Dank und die Anerkennung der Gemeinde aus und gab seiner Meinung Ausdruck, daß die Diplome ein Ansporn zur weiteren eifriger Arbeit sein sollen. Bezirksbauleiter Direktor Teufelbauer widmete dem Bürgermeister und dem gemeinderätlichen Kleingartenkomitee Worte des Dankes für die Unterstützung und bat um weitere Förderung der Schulkindergärten. Hortenbauleiter Direktor Pekarek sprach gleichfalls Worte des Dankes und bat, die Gemeinde möge ihren Einfluß dahin geltend machen, daß das Eigentumsrecht der Schrebergärtner geschützt werde. An Dankesworte der Schulkinder und an den Vortrag von Chören schloß sich die Verteilung der Diplome, womit die Feier beendet war.

Schulärztkurs. Das Wiener medizinische Doktorenkollegium veranstaltet Dank dem entgegenkommen des Volksgesundheitsamtes, welches das Unternehmen durch Subventionierung fördert, ab 10. Mai einen 4 bis 5 wöchentlichen unentgeltlichen Schulärztkurs, in welchem die wichtigsten Themen der Schul- bzw. Schülerhy-

giene zur Erörterung gelangen. Mitgliedsbeitrag 20 K, der mit der Anmeldung an das genannte Kollegium, I., Franz Josef Kai 65 bis längstens 5. Mai einzuwenden ist. Nähere Auskünfte dortselbst an Wochentagen zwischen 10 und 1 Uhr, Telefon Nr. 14690. Die Vortragsreihe eröffnet Dozent Dr. Laubar am 10. 5. um 5 Uhr nachmittags mit dem Thema: Schule und Auge. Die Reihenfolge der anderen Vorträge wird rechtzeitig bekanntgegeben werden. Kollegen und Kolleginnen, welche sich für den Kurs interessieren, wenden zur Teilnahme eingeladen.

+ + + +

Stadtphysikus Dr. Jehn ersucht um freundliche Aufnahme vorstehender Zeilen.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Freitag werden im 12. bis 19. Bezirk ausländische Kartoffeln zum Preise von K 8.60 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstaben „C“ nebst den vorhergehenden Abschnitten der Kartoffelkarte abgegeben.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 26. April 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Hugo Ornstein, Inhaber der Firma Ornstein & Co. in Rio de Janeiro (Brasilien), hat im Vereine mit Josef Klepsch und Isidor Wable 1.454.545 Kronen gesammelt, die abzüglich von 254.545 K, welcher Betrag der israelitischen Kultusgemeinde für ihre Wohltätigkeitszwecke zugewiesen wurde, zum Zwecke der Verteilung an Kinderspitäler, Kinderfürsorgestellen, Kinderauspeisungen und für ähnliche Einrichtungen zur Verfügung gestellt wurden. Bgm. Reumann hat den Betrag wie folgt verteilt: Je 200.000 K der Lehrlingsfürsorge und für das Schulfrühstück für Kinder, 80.000 K dem Hause der Barmherzigkeit, 70.000 K dem Rudolf Kinderspitale, je 60.000 K der Heilstätte für Lupusranke, dem Leopoldstädter-, dem St. Anna Kinderspitale und für die Erholungsstätten der „Kinderfreunde“, je 50.000 K für die Krüppelfürsorge Spitzky, dem Wöchnerinnenheim Lucina, dem Wöchnerinnenheim in der Stromstraße, dem Wöchnerinnenentbindungsheim, je 40.000 K dem Josef Kinderspitale, dem Karolinen Kinderspitale, dem Zentralkrippenvereine, dem Verein Tagesheimstätte am Rennweg und der Jugengerichtshilfe Dr. Fiala.

Iseak Fulda, Mainz, 28.500 Mark.

Die Direktion der Discontogesellschaft in Mainz 2.500 Mark.

Siegfried Sonnenmark in Kota Radja, holländisch Indien, neuerdings als Sammelergebnis für Arme der Stadt Wien 140 holländische Gulden.

Clement Wells, New-York, zu Gunsten der Wiener Kinderernährungsaktion K 2000.--

Der amerikanische Frauenhilfsverein für die notleidenden Kinder Wiens 2000 K.

Lina Grimm in New-York für die Armen Wien 1.800 K.

Legat der Frau Hedwig Frezzi für die Armen von Rudolfsheim 1000 K.

Legat der Frau Neutalie Neusser für die Armen in Hernals 1000 K VIII. Kriegsanleihe,

H. Wedesweiler, Chicago, zur Unterbringung unterernährter Kinder ins Ausland 1000 K.

Sigmund Fischmann, XIV., das Reinertragnis einer zu Gunsten der Armen des XIV. Bezirkes veranstalteten Wohltätigkeitsakademie im Betrage von K 500.--

Der Deutsch-Amerikanische allgemeine Hilfsverein in Mankato Anweisungen auf 2. Dollarpakete im Werte von zusammen 70 Dollars.

Frau Partridge/Idaho, Vereinigte Staaten, für die Aermsten der Stadt Wien 10 Dollars.

Die Feuerwehr der Stadt New-York für die städtische Feuerwehr in Wien 800 Dollarpakete.

Die „Dänische Kollegienhilfe für Oesterreich“ dem VI. und VII. städtischen Waisenhaus verschiedene Liebesgaben.

Die Gemeindevertretung Grafensulz für Wiener Schulkinder eine größere Menge verschiedener Lebensmittel.

Herr William Spreax in New York für notleidende Proletarierkinder eine Anweisung ein ein 50 Dollarpaket

Herr Karl Reppp, Vizepräsident des Unterstützungsfonds in St. Louis für wirklich Notleidende auf ein 10 Dollarpaket.

Herr Franz Dinzbier in New York für Bedürftige eine Anweisung auf ein 10 Dollarpaket.

Schriftführer GR. Harnerschnidt verliest den Einlauf.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) richtet eine Anfrage betreffend die Erlassung von Ausnahmungsverfügungen durch den Magistrat an 20 Tagen des Jahres gemäß § 96 H der Gewerbeordnung. Es handelt sich hierbei um die Hinzuschlebung der Ladensperre um 1 Stunde an folgenden Tagen: An 10 Arbeitstagen vor Weihnachten, am 31. Dezember, an je 3 Arbeitstagen vor Ostern und Pfingsten und an 3 Tagen, die fallweise bestimmt werden sollen.

Bgm. Reumann: Die Angelegenheit fällt nicht in die Kompetenz des Gemeinderates sondern unterliegt dem Ermessen des Magistrates als politischer Behörde erster Instanz. Die Angelegenheit, über die die Verhandlungen im allgemeinen abgeschlossen sind, dürfte bald/Erledigung zugeführt werden.

GR. Fiala (Tscheche) interpelliert wegen Verkürzung der tschechischen Bevölkerung im Frauenhilfskomitee des III. Bezirkes.

Bgm. Reumann: Ich werde diese Anfrage der Kräftefürsorgezentrale zuweisen und sie veranlassen, von der vorliegenden Angelegenheit den Herrn Vorsteher für den III. Bezirk zu verständigen, damit dem Wunsche des Herrn Antragstellers in geeigneter Weisung Rechnung getragen werde.

GR. Fiala (Tscheche) sagt in einer Anfrage an den Bürgermeister, dass in der Komenskyschule III., Schützengasse 31 durch deutschnationale 8 Fenster-scheiben zertrümmert worden seien und fragt, was der Herr Bürgermeister zu tun gedenke, um die Sicherheit des Gebäudes herzustellen.

Bgm. Reumann: Für die Sicherheit des Eigentums hat in Wien vor allem die staatliche Polizei vorzusorgen. Die Herren Antragsteller hätten sich daher in der vorliegenden Sache an die Polizei-Direktion zu wenden. Die Gemeinde hat weder die Mittel noch die Macht, um Vorkonkurrenz der in der Anfrage bezeichneten Art zu verhindern.

GR. Schmitz (chr.-soz.) fragt den Bürgermeister, ob er dafür sorgen wolle, dass dem Vereine „Wasserwiese“ für seine Kleintierzüchter ein Teil der Kriau zur geregelten Futtermutzung zugewiesen werde, und ob der Bürgermeister in der Lage sei, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass auch in anderen Teilen des Praters auf die Wünsche der Schrebergärtner auch als Kleintierzüchter entsprechend Rücksicht genommen werde.

Bürgerm. Roumana: Die Entscheidung über die zukünftige Verwendung der Kriau ist noch nicht getroffen. Es lässt sich daher auch nicht sagen, ob ein Teil dieser Pratergegend dem Vereine „Wasserwiese“ wird zugewiesen werden können. Ich werde aber das städtische Landwirtschaftsamt beauftragen, ob es nicht möglich wäre, dem Wunsche des Herrn Anfragenden für den Verein aus der Kriau vorübergehend Futter zu beschaffen, nachzukommen. Was die übrigen Teile des Praters betrifft, werde ich mich durch das städtische Landwirtschaftsamt mit der Verwaltung des Hofparks in das Einvernehmen setzen, ob und welche Wiesenflächen für den in der Anfrage angegebenen Zweck vorpachtet werden können.

GR. Beer (Soz.-Dem.) stellt den Antrag, es möge auf der Strecke 34 der Straßenbahn während der Sommermonate an Sonntag Nachmittagen eine stärkere Verkehrsmöglichkeit durch Beiwagen geschaffen werden, sowie die aufgelassene Haltestelle Döblingersteg wieder errichtet werde.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) sagt, dass das Gesetz über den Dienstvertrag der Hausgehilfen einzelnen Haushaltungen Lasten auferlegt, die insbesondere von den kleineren schwer zu tragen sein werden, und beantragt, den Stadtrat zu beauftragen, zu prüfen ob und inwieweit die Wiener Dienstmädchen in ein Versicherungsinstitut zur Tragung der aus der Durchführung des genannten Gesetzes vom 26. Febr. 1920 erziehenden Lasten umgebildet werden kann. Ueber das Ergebnis der Prüfung ist dem Gemeinderat zu berichten.

GR. Beermann (Soz. Dem.) stellt folgenden Antrag: Die Bestimmungen der Kundmachung der Landesregierung vom 30. Juni 1919 berechtigen die Gemeinde, in Fällen wo ganz besondere Wohnungsschwierigkeiten bestehen mit Zustimmung der politischen Behörde von einem bestimmten Tage an jede vermietbare Wohnung, auch alle in Untermiete gegebenen Wohnräume, als angefordert zu erklären. Die Durchführung einer derartigen Massnahme wäre geeignet, einerseits die in Wien herrschende Wohnungsnot einigermaßen zu lindern, andererseits die in den letzten Monaten so stark in Erscheinung getretene Spekulation mit Wohnungen, den Wohnungswucher, zu verhindern. Die Wohnungsnot ist gegenwärtig in Wien derart gross, dass von einer Massnahme, wie sie das Gesetz diesbezüglich ermöglicht, nicht Abstand genommen werden kann. Es wird daher der Antrag gestellt: Die Gemeinde verlangt von der vorgesetzten politischen Behörde, der niederösterreichischen Landesregierung, die Zustimmung zur Anwendung des § 4c der Vollzugsanweisung vom 13. November 1918 und der Kundmachung der niederösterreichischen Landesregierung vom 30. Juni 1919.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Breitner (Soz. Dem.) berichtet über das 500 Millionen Anlehen der Gemeinde Wien und führt aus: Die Gemeinde Wien hat in den letzten Wochen Verhandlungen mit dem Bankkonsortium gepflogen, die dahin abzielen, den Geldbedarf der Gemeinde für die nächsten und die nächsten Monate möglichst lange Zeit zu decken. Dieser Geldbedarf zerfällt in zwei Gruppen, einen unmittelbar dringenden und einen mit dem wir uns derzeit noch nicht zu beschäftigen hätten. Der unmittelbar dringende Geldbedarf umfasst den Bedarf von rund 200 Millionen Kronen und hat seine Ursache darin, daß die 3 großen städtischen Unternehmungen, Gaswerke, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen,

ihre Betriebsführung gegenwärtig auf jene Unterstützung aufbauen, die ihnen durch die Kassen der Gemeinde Wien geliehen wird. Alle drei Unternehmungen sind mit einem Defizit behaftet, zum Teil in das vorjährige Verwaltungsjahr zurückgeführt, weiterem Grund großen dieser drei Betriebe bedarf hat der durchaus natürlichen Grund, daß infolge des gesunkenen Geldwertes es keinem einzigen Geschäft, ob groß oder klein, möglich ist, mit dem ursprünglichen Betriebskapital das Auslangen zu finden. Die wahren Preise sind um das 30-, 50- und 100fache gestiegen. Es ist selbstverständlich, daß die Gas- und Elektrizitätswerke, Kohlenvorräte ansammeln, wenn sie die Straßenbahnen/Schienen und anderes Material ankaufen muß, unvergleichlich höhere Beträge auslegen / als es im Frieden oder noch im Vorjahre notwendig gewesen ist. Das Elektrizitätswerk ist noch in eine ganz besondere Zwangslage dadurch geraten, daß zufolge Beschlusses des Gemeinderates der Auslagen der Anlagen auf Hörführung umgestaltet worden ist. Die gesamten Hörführungsarbeiten auch für die Besitzungsperiode, die erst in dem kommenden Winter fällig wurde im Vorjahr bezahlt werden, sodaß in einer einzigen Position schon etwa 60 Millionen festgelegt sind und auch noch auf Monate festgelegt bleiben werden. Für diese rund 200 Millionen irgendeine Vorsorge nicht getroffen. Bezüglich des Abganges hat der Gemeinderat den Standpunkt eingenommen, die drei Betriebe aus eigener Kraft sich sanieren müssen. Ob der Aufbau der Tarife voll seine Wirkung tun wird, ist in einer Zeit, in der eine Voraussicht auf Wochen unmöglich ist, nicht mit unbezweifelnder Sicherheit zu behaupten. Ich glaube aber doch, daß es geschehen wird

und wir haben jedenfalls heute nicht die Nötigung, über dieses eine Jahr, innerhalb dessen die Tilgung des Defizits planmäßig erfolgen soll, Vorsorge zu treffen. Es wird sich vielleicht als notwendig erweisen, die drei großen Unternehmungen dauernd mit einem erhöhten Betriebskapital auszustatten, doch wird auch dies erst nach erfolgter Stabilisierung der Preise möglich sein. Diese 200 Millionen Kronen werden in Form eines Wechselkredites aufgenommen. Diese Form wurde gewählt, weil wesentlich bessere Bedingungen erzielt werden können, als bei einem offenen Kredit. Die Banken haben die Möglichkeit sich dieses Geld wieder mobil zu machen, und können und müssen sich daher mit einem kleinen Nutzen begnügen, der 1/4 % der Provision für die dreimonatliche Ziehung ausmacht. Beim gegenwärtigen Standes/Zinsfußes von 5 % stellt sich also das Geld auf 6 % zuzüglich des Wechselstempels. Da die zwingende Abmachung getroffen ist, daß die Kreditinstitute den Wechselkredit prolongieren müssen, handelt es sich nicht um einen dreimonatlichen, sondern um einen festen Kredit auf 1 Jahr.

Der zweite Teil betrifft die Aufnahme eines Anleihe von 300 Millionen Kronen in Form von vierjährigen Satzscheinen, die auf 5 % Verzinsung und zum Kurse von 96 begeben werden, so dass eine Verzinsung von etwas über 6% resultiert. Die Verwendung dieser 300 Millionen Kronen ist eine Sache, über die der Gemeinderat zur gegebenen Zeit zu beschließen haben wird. Dass wir reichliche Verwendung dafür haben, steht ausser Zweifel.

Es sind im nächsten Jahre Anleihen fällig und große Arbeiten geplant, ich verweise nur auf den Ausbau der Wasserkräfte, für deren Beginn Geldmittel sofort flüssig gemacht werden müssen. Dazu kommt noch das nächste Budget, das zweifellos mit Defizit abschließen wird. Es soll aber damit nicht gesagt werden, daß diese 300 Millionen Kronen insgesamt zur Deckung des Defizites verwendet werden. Darüber wird der Gemeinderat im Juni beschließen und entscheiden, wieviel vom Defizit durch dauernde Einnahmen zu bedecken ist.

Die letzte im Vorjahre gegebene Anleihe hat wohl nur 5 % gekostet, das war für die Gemeinde günstig aber fürs Publikum nicht lockend. Das ist kein Zustand, der für die Gemeinde wünschenswert erscheinen kann. Es muß daher gestrebt werden, daß die Anleihe wieder marktgängig wird. Darin drückt sich nicht eine Entwertung des Kredites der Stadt Wien aus, sondern massgebend ist hierfür die veränderte Lage des Geldmarktes. Obwohl wir eine Ueberfülle von Banknoten haben, besteht doch eine außerordentliche Geldknappheit, eine Erscheinung, die übrigens in der ganzen Welt zu verzeichnen ist. In Oesterreich ist die Geldklemme deshalb besonders hart, weil die gewohnten Geldzuflüsse aus den Sukzessionssteuern fehlen und der Produktionsprozeß sich langsamer als in früheren Zeiten vollzieht.

Es muß unter allen Umständen hintangehalten, daß städtische Anleihen nicht marktgängig sind, schon deswegen, weil wir aus dieser Periode der bloßen Aufrechterhaltung der Gemeindebetriebe herauskommen müssen zu neuen Schöpfungen, insbesondere auf dem Gebiete des Ausbaues der Wasserkräfte. Da wird es sich um die Aufbringung gewaltiger Summen handeln. Die ist auch die Ursache, warum wir auf dem Gebiete des Zinsfußes ein gewisses Zugeständnis gemacht haben.

Die Gemeinde ist in einer wesentlich günstigeren Vermögenslage als alle anderen öffentlichen Gewalten in Deutschösterreich. Sie kann nicht vegglichen werden mit dem Staate. Sie hat wohl eine Gesamtschuld von etwa 2 Milliarden Kronen, aber sie hat auch eine Anzahl von Werten. Diese wurden geschaffen in einer Zeit, als die Krone noch vollwertig war, wirkliche Goldkronen darstellte. Man kann ruhig sagen, daß sich die Gemeinde, wenn sie sich von ihren großen Unternehmungen trennen wollte - wovon allerdings nicht die Rede sein kann - sich ganz oder nahezu ganz schuldenfrei machen könnte. Nicht übereinstimmend mit der Vermögensbilanz ist allerdings die Gebarungsbilanz. Schon das Verwaltungsjahr 1918/19 hatte ein großes Defizit, das Verwaltungsjahr 1919/20 ein solches von 402 Millionen Kronen und auch im nächsten Jahre werden wir mit ei-

nem Defizit abschließen. Würde dies unverändert Jahr für Jahr fortgehen, so müßte dies zweifellos/ heute noch aktive Vermögensbilanz verschlechtern und die Gemeinde ein schlechter Schuldner werden. Schon im Juni 1919 ist es aber gelungen, die Hälfte der fehlenden 400 Millionen durch dauernde neue Einnahmen und Überweisungen des Staates zu decken. Die Gemeinde hat in Wirklichkeit nur 200 Millionen Kronen neue Schulden kontrahiert und wir werden auch so in Zukunft verfahren müssen, denn wir haben wohl zu beachten, daß wir jetzt das Geld in schlechten Papierkronen bekommen, die wir später einmal in gutem Geld rückzahlen rückzahlen haben werden. Es steht fest, daß die Gemeinde trotz der ungünstigen Gebarungsbilanz auf eine Wirtschaft verweisen kann, wie kein anderer öffentlicher Faktor in Oesterreich. Wir sind seit dem Juni 1919 nicht mehr am Geldmarkt herantreten und wenn jetzt seitens der Werke die 200 Millionen Kronen, die die Gemeindekassen schulden, zur Rückzahlung kommen, dann dürfte es gelingen, auch bis zum Schlusse des Verwaltungsjahres das Auslangen zu finden.

Ich bitte also den vorliegenden Anträgen die Zustimmung zu geben, die dazu bestimmt sind, einerseits die Geldgebarung der Gemeinde für die nächste Zeit zu gewährleisten, andererseits eine günstige Marktgestaltung zu bewirken, den Gemeindebedarf auch darüber hinaus zu sichern.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat): Ich würde für den Antrag des Referenten stimmen, soweit als die Aufnahme eines Anleihe von 300 Millionen Kronen beantragt wird, wende mich aber entschieden gegen den zweiten Teil, dass die Gemeinde Wien ein Wechselanleihen in der Höhe von 200 Millionen Kronen aufnehmen solle. Wir haben uns das letztmal mit Steuererhöhungen beschäftigt, und in nächster Zeit, ich glaube anfangs Mai werden wir uns wieder mit Monopolerhöhungen zu beschäftigen haben und aus kommt heute der Herr Referent in die Sitzung und verlangt die Genehmigung von 2 Kreditoperationen, von denen die eine, wie er sagt, dringend notwendig ist, während die andere für die Zukunft versorgt. Dem Herrn Referenten ist es aber ganz klar, daß 300 Millionen nicht ausreichend sein werden. Ich hoffe, daß dieses Anleihen einen vollen und ganzen Erfolg haben wird. Es wäre auch sehr traurig wenn dieser Erfolg ausbliebe, weil es ein Beginn wäre, daß der Kredit der Stadt Wien nicht so hoch steht, wie er einmal gestanden ist. Freilich kommt noch hinzu, daß sich die Preisverhältnisse ungeheuerlich verändert haben, die Vermögensverhältnisse aber sind in den großen Massen die gleichen geblieben. Wenn auch die Verzinsung von 5 % eine glänzende genannt werden muß, wird sie doch keine besondere Anziehungskraft auf die Leute ausüben. Es wird viele Menschen geben, die diese Anleihe als für sie unmöglich ansehen, weil jemand, in dessen Budget 5000 Kronen keine Rolle spielen, der aber über 100.000 Kronen verfügt, alles mögliche tun wird, um etwas Einnahme zu vergrössern. Wir wissen sehr gut, dass die Auswüchse des Handels speziell in Wien ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben, sie sind aber erst dann eingetreten, als man dem legitimen Kaufmann alle möglichen Wege zur Ausübung des legitimen Handel versperrt hat. Beim Publikum besteht auch ein gewisses Misstrauen gegen alle fixverzinslichen Anleihen der öffentlichen Körperschaften, denn wenn man die Leute zu wiederholten Malen zum Narren gehalten hat, ist es klar, dass der Kreditgeber das Vertrauen verliert. Der deutschösterreichische Staat hat in seiner früheren und jetzigen Gestalt eine Reihe von Massnahmen erlassen, welche nicht geeignet waren, das Vertrauen zu erwecken. Um der Geldknappheit zu steuern, meint Redner, werde es zur Zwangsanleihe kommen müssen und es wäre Sache der Gemeinde Wien, sich bei grossen finanziellen Fragen mit den Vertretern der Städte ins Einvernehmen setzen. In der Frage der städtischen Unternehmungen, spricht sich der Redner für eine Verpachtung derselben aus. Bezüglich der Abstimmung stellt Redner an den Bürgermeister die Bitte, getrennt über die Anleihe von 300 Millionen Kronen und die Wechselanleihe von 200 Millionen abstimmen zu lassen.

GR. Vaugoin (chr.-soc.): Der erste Punkt des Antrages betreffend Aufnahme eines Wechselkredites kommt mir vor, wie eine Monstertat, der ganzen Verwaltung, die in dieser Stadt nunmehr Platz gegriffen hat. Vor kurzer Zeit hätte es kein Bankkonsortium gewagt, der Gemeinde Wien auch nur einen solchen Antrag zu stellen, geschweige denn, dass ein Finanzreferent einen solchen Antrag vorgelegt hätte. Ein Anleihen in der Form, dass Wechsel für ein Betriebsdefizit unterschrieben werden, macht den Eindruck, als ob es eine verzweifelte Kridawirtschaft wäre. Die Aufnahme dieses Wechselkredites erscheint für uns unannehmbar, weil die Form eine Beleidigung für den Kredit der Stadt Wien bedeutet und weil ein Wechselkredit nur dann aufgenommen werden könnte, wenn man der sicheren Überzeugung wäre, dass nach wenigen Monaten die Gemeinde Wien in der Lage ist, dieses Akzept wieder einzulösen. Der Referent sollte offen sagen, dass er in kurzer Zeit wieder herantreten muss, um die städtischen Unternehmungen zu sanieren, die wir jetzt für saniert gehalten haben, wir bedauern es auch, dass wir zum ersten Male bei einem Kreditunternehmen der Gemeinde nicht mehr die ganze Gemeinde Wien die Solidarhaftung übernimmt, sondern dass einzelne Unternehmungen herangezogen werden. Es macht den Eindruck, als ob man dadurch den ersten Schritt machen wollte, um die Unternehmungen aus dem Gemeindebetriebe loszulösen. Dagegen werden wir entschieden Stellung nehmen. Es ist ausgeschlossen, dass man in der Zeit, in welcher das Schlagwort der Sozialisierung auf der Tagesordnung ist, auch nur den Gedanken fassen könnte, die städtischen Unternehmungen, die den Stolz der früheren Gemeindeverwaltung gebildet haben, in Privatbetrieb übergeben zu wollen. Beim zweiten Punkt des Antrages über die Aufnahme der Satzschneideneihen ist der Zweck der Verwendung dunkel geblieben. Ich muss dem Herren Referenten das Zeugnis ausstellen, dass er ein ausserordentlich fürsorglicher Schuldenschafer ist (Heiterkeit rechts), seine Fürsorge geht so weit, dass er Schulden aufnimmt, ohne zu wissen, was er mit dem Gelde machen soll. Diese Fürsorge wäre rührend, wenn sich die Sache wirklich so verhalten würde. Aber einige Minuten später hat der Referent erklärt, wir können vielleicht mit diesem Anleihen die 200 Mill. den bezahlen, die wir voriges Jahr aufgenommen haben, vielleicht die 200 Millionen, die fällig werden, wir können vielleicht das Geld zum Bau von Wasserwerken benötigen. Das glauben Sie doch selber nicht, ich bitte, uns im Gemeinderate keine solchen Wasserwerke vorzumachen. (Heiterkeit rechts). Wir sind der Meinung, dass Sie vielleicht nicht einmal bis August 1921 mit diesen 300 Millionen auskommen werden. Wenn der Referent erklärt, dass die Geldknappheit auch in der Geldthesaurisierung in der Bevölkerung seinen Grund habe, so sind die Bevölkerungsschichten,

die von uns vertreten werden, leider nicht in der Lage eine Geldthesaurisierung vorzunehmen. Er hat auch gesagt, dass die Verlangsamung des Produktionsprozesses und sonstige Verzögerungen Schuld sind, dass die Geldknappheit so gross geworden ist. Die sonstigen Verzögerungen sind das entsetzliche Streikfieber, von welchem die ganze Arbeitende Bevölkerung geschüttelt wird, welche nicht zuletzt dazu beiträgt, dass der Produktionsprozess so verlangsamt wird, dass die wirtschaftliche Lage dadurch schwerer Erschütterungen ausgesetzt ist. Ich möchte Sie aufmerksam machen, dass die Allianz mit den Kommunisten mit ihrem radikalem Flügel wesentlich dazu beiträgt, dass unser Wirtschaftsleben immer und immer wieder erschüttert wird, und es wäre hoch an der Zeit, dass Sie als sozialdemokratische Partei energisch gegen derartige Umtriebe in einem Staate, der so schwer erkrankt ist, Stellung nehmen. Sie hätten vielleicht jetzt noch die Macht dazu; ob es in kurzer Zeit nicht zu spät sein wird, lasse ich dahingestellt. Wenn alles darauf eingerichtet ist, gerade den ehrbaren Mittelstand zugrunde zu richten, müssen Sie sich klar werden, dass der Markt solange so verwaltet wird, nicht in der Lage ist, öffentliche Anleihen aufzunehmen. Es gibt grosse Kapitalien, die aber nicht für öffentliche Anleihen gegeben werden, sondern die die Klasse der Schieber besitzt, die zu einer derartigen Landplage auswächst, dass sie die ganze Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinde aber auch das wirtschaftliche Leben jedes Einzelnen dem sicheren Ruine entgegenführt. Wenn Sie sogar drei monatliche Wechsel unterschreiben müssen, weil sich niemand findet, der Anleihen der Gemeinde nimmt, so müssen Sie einen Rückblick auf die Fehler werfen, die gemacht worden sind, um es in der Zukunft besser zu machen. Wir werden für den Punkt 2 des Antrages stimmen, für einen Wechselkredit auf 3 Monate ~~xxxxxxx~~ stimmen wir aber als Gemeindevertreter nicht. (Der Redner verlangt die getrennte Abstimmung).

GR. Dr. Plöschkes (Jud. Nat.) wohnt, dass seine Partei für den Kredit, der den städtischen Unternehmungen zugewendet werden soll, schon deshalb stimmen werde, weil der Kredit ein billiger ist und weil unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Bankkonsortium einer anderen Verfügungstellung des Kapitals nicht zu haben ist. Bezüglich der Platzierung der Schatzanleihe meint der Redner sei der Zeitpunkt heute ein ungünstiger. Und da ist vor allem das Vertrauen der Bevölkerung zur Gemeinde maßgebend, das aber nach den heutigen Vorgängen, die sich auf der Universität zugetragen haben, nicht ohne Einfluss bleiben wird. Redner bespricht in längeren Ausführungen die Vorgänge auf der Universität und betont, dass er die Gelegenheit wahrnehmen möchte, um sämtlichen Faktoren auf die Verhältnisse, die eine Aufrechterhaltung der Ordnung nicht mehr möglich machen aufmerksam zu machen. Es werde nicht möglich sein in anderen Fällen die jüdischen Studenten von Gegenmaßnahmen abzuhalten. Er fordere vom Bürgermeister, dass er

die heute vorgekommenen Vorgänge auf der Universität in nächster Sitzung entsprechend rüge und dass er sich mit dem stellvertretenden Faktor in die Einvernehmen setzen und vortranlasse, dass solche Dinge nicht mehr vorkommen. In der Hoffnung, dass diesen Dingen Einhalt geboten werden könne, stimme er für die Vorlage.

GR. Grünwald (Soz. Dem.) antwortet auf die Ausführungen des GR. Vaugoin, die sich mit der Arbeitslosigkeit und dem Streikfieber der Arbeiter befasst haben. Er stellt fest, dass gerade in Deutschland überreich die weitestens Streiks stattfinden und dass in den aus dem Kriege besser herangekommenen Staaten, wie Jugoslawien, Italien, England und Amerika neuer Streiks stattfinden. Der Plöschkes hat sich nicht als ein Argument für das Streikfieber der Arbeiter angeführt werden, weil die Debeten von Hauptmann zum Streik gegeben haben. Datschulaktionale und obrigkeitliche Eisenbahnen haben auch nach dem Streik durch gewaltsame Verhinderung der Apparate die Betriebsführung verhindert. Wenn die Eisenbahnarbeiter in den Streik getreten sind, so durch die heissen Sabotage der Beamten und wenn sie die Arbeit nicht aufnehmen konnten, so deshalb, weil sie von den deutschkapitalistischen und christlichsozialen Arbeitern daran gehindert wurden. Dies müsse festgestellt werden.

den denn die Arbeiter werden sich die Möglichkeit nicht nehmen lassen, dass sie ihr Leben fristen können und werden sich nicht davon abhalten lassen, alle ihre Kraft dafür einzusetzen.

GR. Brauner (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte: Wenn Herr Kollege Dr. Schwarz-Hiller gesagt hat, dass wir nur für einen geringfügigen Bedarf vorsorgen, ist das richtig. Wenn wir für den ganzen Bedarf vorsorgen wollten, müsste man Ihnen hier eine Vorlage unterbreiten, die wahrscheinlich einige Milliarden umfasst, dafür ist im Augenblicke die Aufnahmefähigkeit auf dem Markte nicht gegeben. Der Sprecher der Christlichsozialen Partei hat gesagt, noch nie habe eine Bankgruppe es gewagt, einen Antrag wie den vorliegenden zu stellen und es habe sich noch nie ein Kandidat gefunden, der einen solchen Antrag vertreten hätte.

In der Sitzung vom 15. April 1919 hat der damalige Bürgermeister Dr. Weiskirchner über ein Konto-Korrent-Anleihen von 50 Millionen referiert, und Sie haben dafür gestimmt. Es ist durchaus richtig, wenn wir diesen Kredit nicht in Form eines mehrjährigen Anleihe aufzunehmen, weil es sich nach unserer Auffassung um eine vorübergehende Erschöpfung handelt, weil wir dahin kommen wollen und müssen, dass sich die Unternehmungen selbst erhalten. Wenn mit einem grossen Nachdrucke Verwahrung eingelegt wurde, dass wir die Betriebe der Gemeinde Wien nicht aus der Hand geben dürfen, kann ich nur sagen, dass Sie meine Worte missverstanden haben. Von einer solchen Absicht kann nicht die Rede sein. Die Auffassung, dass es nur die Aufgabe der Gemeindeverwaltung sein sollte, damit sich eine Sorge der Gemeindeverwaltung zu entledigen, kann ich nicht teilen. Es ist gesagt worden, dass diese Vorlage das Menetekel ist. Nun es ist weder etwas Grauenhaftes, noch etwas Schönes und Grosses. Wenn Sie meinen Anträgen zustimmen, haben Sie nicht das geringste getan, was blamabel ist, nichts, was den Kredit der Stadt Wien herabwürdigt, sondern wir haben nur das getan, was notwendig ist, um den Gemeindebetrieb aufrecht zu erhalten und in geordneter Weise fortzuführen. Daher bitte ich Sie um Annahme meiner Anträge.

Herr Moos sagt in einer tatsächlichen Berichtigung, dass das Konto-Korrentanleihen von 1918 mit der heutigen Wechselkreditvorlage nicht verglichen werden könne, da es sich da male nur um eine finanzielle Vorlage für eine kurze Zeit, bis zur Aufnahme eines Darlehens gehandelt habe.

Bei der Abstimmung war Punkt 1 (Wechselkredit) mit den Stimmen der Majorität, Punkt 2 (Schatz-Anleihen) einstimmig angenommen.

Herr Esserling übernimmt den Vorsitz.

Herr Rudolf Müller (Soz.-Dem. 17. Bezirk) beantragt den Verkauf von 19 Kubikmeter ordinairen Granitpflastersteinen zum Preise von 510 K per Kubikmeter an die Großkaufgesellschaft für österreichische Landesvereine.

GR. Fürber (chr.-soz.) beantragt den Preis mit Rücksicht auf die erhöhten Regie- und Transportkosten, als viel zu niedrig. Ordinaire Pflastersteine werden jetzt schon um 800 bis 900 K per Kubikmeter verkauft. Bei einem Preise von nur 500 K ergibt sich gegenüber dem vorliegenden Antrage schon eine Differenz von beinahe 50.000 K. Er beantragt daher die Rückverweisung.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, welcher abgelehnt wird. In seinem Schlussworte bezeichnet der Referent es als nicht richtig, dass ordinaire Pflastersteine um 8-bis 900 Kronen verkauft werden. Die Gemeinde hat einen so grossen Vorrat an ordinären Steinen, dass sie nicht weiss, wohin sie dieselben geben soll, und sie losschlagen muss, um Platz für die neuen Würfelsteine zu schaffen.

Bei der Abstimmung wird der Stadtratantrag angenommen.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über verschiedene Geschäftsstücke und beantragt nach seinen Anträgen eine Verlängerung der Frist zur Vorbauung der Baustelle des Franz und der Johanna Handal in Kagran bewilligt, ferner werden für die Erhaltungsarbeiten im Pferdeschlachthof im 10. Bezirk 500.000 K genehmigt.

Ueber den Antrag desselben Referenten wird anohnen Hausbesorger der Bürgerspitälerröhrenhäuser und der städtischen Häusern, sowie den anderen Hausbesorgern die Remuneration für die Gehsteigreinigung bewilligt.

GRin. Wieloch (chr.-soz.) begrüsst die Vorlage, durch welche die einseitige Auslegung des einseitigen Gemeinderatsbeschlusses gezeitigt wird.

GR. Siegel berichtet über die kostenlose Ueberlassung von Räumen in Antshaus des 13. Bezirkes an das Arbeitskomitee an Stelle der bisherigen Räume im Hause Diesterweggasse 23.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) bezeichnet die Uebertragung des Frauenarbeitskomitees im Antshaus als unweckmässig, da die meisten Parteien, die mit den Frauenarbeitskomitee in Berührung kommen, weit entfernt vom Antshaus wohnen. Er spricht sich für die Verwendung von Räumlichkeiten in der Kavalleriekaserne und in der Landwehrkaserne für Kanalarzwecke aus, und betont, dass im 15. Bezirke noch immer große Wohnungsnot herrsche.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Landwehrkaserne bald zur Verfügung für solche Zwecke stehen wird und sagt, dass das Frauenarbeitskomitee auf seinen Wunsch im Antshaus untergebracht wird.

Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrag des GR. Siegel (Soz.-Dem.) werden folgende Referate ohne Debatte angenommen: Errichtung einer Scheune beim Braunkohlenbergwerk Zillingdorf (Kosten 43.591 K). Errichtung einer neuen Durchfahrt unter der Staatseisenbahn in der Hirschstatznerstrasse (Kosten 320.000 K). Beteiligung der Gemeinde an

einem Preiswettbewerb für Pläne von Kleingartenanlagen (Kosten 15.000 K). Erdarbeiten bei der Erigewohnhausneubauung auf der Gasse (Kosten 205.530 K). Entwurf für den Neubau von Hauptwasserkanälen im 21. Bezirk (Gesamtkosten 844.931 K). Dehnung von Sturmschäden an der städtischen Patronatspfarrkirche St. Othmar im 3. Bezirk (Kosten 66.500 K). Weiters werden Mehrerforderungen im 3. Bezirk (Kosten 66.500 K). Weiters werden Mehrerforderungen über den Antrag desselben Referenten bewilligt, und zwar für die Gitterlieferung zum Bau des Kontumakmarktes, für die Erweiterung des Baumgartner Friedhofs, sowie der Ottakringer Friedhofs, ferner für die Strassenbespreitung und für die Instandsetzung der Patronatspfarrkirche Maria Geburt am Romanweg. Endlich wird nach einer Berichte desselben Referenten von der Ausführung der geplanten Doppelvolkschule im 10. Bezirke Malborgethgassee mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse abgesehen beschlossen. Alle diese Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) beantragt weitere die Mehrkosten für die Gasheizungseinrichtung und die Küchenmaschinen der Werkstättenküche in den der Gemeinde Wien-städtische Strassenbahnen gehörigen Hause XIII. Bezirk, Penzingerstrasse 75 im Betrage von 140.000 K zu genehmigen.

GR. Kunze (chr.-soz.) Es handelt sich um die Adaptierung des Restaurants Löffler im 13. Bezirk zu einer Werkstättenküche. Es ist schon seinerzeit darauf verwiesen worden, dass das ganze Haus 290.000 K kostete und die Umwandlung und Einrichtung der Küche den Betrag von 490.000 K verursachte. Diese ungeheure Summe musste Bedenken erregen. Diese waren umso gerechtfertigter, als im Gegensatz zu jeder Gepflogenheit der Kostenschlag nicht der Ueberprüfung der zuständigen gemeinderätlichen Institution, des Stadtbauamtes unterzogen wurde. Es ist also bloss auf die persönliche Meinung des Herrn Referenten hin beschlossen worden. So sehr ich den Herrn Referenten schätze, so muss ich doch gestehen, dass er zuviel von uns verlangt, und sich zuviel zunutze. Es ist besonders zu bedenken, dass doch schon die Küche eines grossen Restaurants vorhanden war. Jetzt wird ein Mehrkostenbeitrag von 140.000 K gefordert. Ich stelle mir vor, dass trotz aller Forderung um 330.000 K mehr geleistet werden muss, als die Adaptierung einer grossen Restaurantküche zu einer Werkstättenküche. Der Betrag erscheint mir ganz ungeheuerlich. Inoh jetzt wieder wird uns die Vorlage unterbreitet, ohne dass eine Begutachtung durch das Bauamt vorliegt. Wir können nicht für diesen Antrag stimmen, wohl aber stelle ich den Antrag, dass das Stadtbauamt beauftragt wird, die ganzen Kostenvorschläge und auch die Rechtfertigung des Zuschusses überhaupt das ganze Referat fachlich zu begutachten und erstens im Gemeinderate hierüber Bericht zu erstatten.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) sagt in seinem Schlussworte: Es ist nicht richtig, dass seinerzeit 490.000 K für die Adaptierung der Küche bewilligt wurden. Für die Küche allein wurde in diesem Re-

ferat eine Summe von 110.000 K bewilligt, es stellen sich daher die Kosten nicht auf 330.000, sondern auf 252.000 K. Es ist heute nicht selten, dass man etwas, was man billig angekauft hat, mit den Aufwände ungeheurerer Summen erst der Verwendung zuführen kann. Die christlich-sozialen Partei hat vor Jahren kaszinan das Schloss in Feulengbach um den Spottpreis von 325.000 K angekauft, um es seiner Bestimmung zuführen zu können, reicht eine Million nicht aus und dabei kostet die Inneneinrichtung eine weitere Million. Wir sehen jeden Tag, welche Preisexzesse gerade auf dem Gebiete des Bauwesens auftreten. Der Antrag Kunze ist überflüssig, weil im Stadtrat schon der Antrag gestellt wurde und die Ueberprüfung ohnehin vorgenommen wird.

GR. Kienböck (chr.-soz.) Was ist das Ergebnis der Ueberprüfung?
GR. Siegel (Soz.-Dem.) Das liegt noch nicht vor, der Antrag auf Ueberprüfung wurde erst vor 8 Tagen im Stadtrate angenommen. So schnell haben Sie Ihre Ämter nicht schiessen gelehrt.

GR. Kienböck (chr.-soz.) So warten Sie, bis das Ergebnis vorliegt.

Bei der Abstimmung wird der Stadtratantrag angenommen, und der Zusatzantrag Kunze abgelehnt.

Nach einem Antrage des GR. Siegel werden die Lohn- und Teuerungszulagen für die Arbeiter in Siegelwerke in Ober-Laa nach den Bestimmungen der Vorlage genehmigt.

GR. Siegel berichtet über den Stand der Fortführung der Bauarbeiten an der Floridadorfer Brücke. Er spricht sich für die Fortführung der Arbeiten aus und zwar so, dass zunächst die Tragwerke der Brücke fertiggestellt werden, dass aber die Tragwerkteile jenes Teiles der Brücke über das Inundationsgebiet in der Werkstätte vollendet werden sollen, wofür 24,5 Millionen Kronen notwendig sind. Weiter erklärt sich der Referent damit einverstanden, dass zu den über die bisher genehmigten Kosten des Brückenbaues von 14-6 Millionen Kronen hinaus ersorgenden Gesamtmehrkosten die Gemeinde 1/3 unter der Bedingung beiträgt, dass auch der Staat und das Land einen gleichen Beitrag leisten. Die betreffenden Anträge des Referenten werden angenommen.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) beantragt die Genehmigung des zwischen der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf und dem Bezirkssekretariat Wiener Neusiedl der Bergarbeiter in Vertretung der Belegschaft der genannten Gewerkschaft am 3. IV. 1920 geschlossenen Arbeitsvertrages. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Ueber Antrag desselben Gemeinderates wird die Instandsetzung der Akkumulatorenfabrikbatterien im Neuen Rathaus mit einem Kostenaufwande von 230.000 K bewilligt.

Bgm. Reumann übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Berichte des V.-Bgm. Emmerling werden die Verwaltungsberichte der Gemeinde Wien- Städtische Versicherungsanstalt für die Jahre 1917 und 1918 genehmigt. Der Gebärungsüberschuss für das Jahr 1917 beträgt 373.498 K und für das Jahr 1918 940.000 K.

Nach einem weiteren Berichte des V.-Bgm. Emmerling wird die Errichtung einer eigenen Lagerstation für Heizöl in den Kraftwerken Hammering und Entgerthstrasse der städt. Elektrizitätswerke beschlossen und hierfür ein Kredit von 2.900.000 K genehmigt.

GR. Bombesk (Soz.-Dem.) berichtet über die Lohnregulierung der Schreibkräfte und Telephonisten (Telephonistinnen) der städt. Werke.

GR. Rotter (chr.-soz.) verweist auf seine seinerzeitige Interpellation, dass Stadträte, die zugleich Gewerkschaftssekretäre sind, nicht Verträge mit der betreffenden Organisation abschließen sollen und betont, dass er dies durchaus nicht aus Animosität gegen die betreffenden Herren oder deswegen kritisiere, weil er glaube, dass sie einen persönlichen Vorteil haben, was er durchaus nicht annehme.

GR. Bombesk (Soz.-dem.) erwidert in seinem Schlusssatz, dass die Interpellation vom Bürgermeister seinerzeit in ausreichender Weise beantwortet worden ist.

Der Stadtratsantrag wird dahin angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Bombesk (Soz.-dem.) wird der Ankauf von Hanfdruckschläuchen für die Feuerwehr um den Betrag von 8.000 K genehmigt.

Bgm. Reumann berichtet über die Widmung für die Sammelaktion zur Heimbeförderung der österr. Kriegsgefangenen und stellt den Antrag diesen Zweck 100.000 K zu widmen (angenommen).

GR. Hellmann (Soz.-Dem.) beantragt, in herbedachtigungswürdigen Fällen für die Schüler der einjährigen Lehrkurse (4. Bürgerschulklasse) die Lernmittel beizustellen.

GR. Walter (chr.-soz.) spricht sich dafür aus auch den Schülern der sogenannten 4. Bürgerschulklasse die Lernmittel ohne Ausnahme unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Ref. erortert dabei, dass eine solche Massnahme zu Folgerungen auch für andere Schulen als Volks- und Bürgerschulen führen könnte. Der Antrag des Ref. erortert wird zugestimmt.

Ueber Antrag des GR. Hellmann (Soz.-Dem.) wird der Errichtung einer Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder an der Knabenvolkschule in der Stumpergasse zugestimmt.

GR. Kokrda (Soz.-Dem.) berichtet über die Kapitalerhöhung der Molkereiprodukteneinfuhrgesellschaft. Er beantragt die Erhöhung der Stammeinlage der Gemeinde anlässlich der Kapitalerhöhung von 200.000 auf 400.000 K. Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Kokrda wird ein Zuschusskredit von 41.800 K für die Anfertigung von 3.800.000 Stück Marktgebührenmarken genehmigt.

Nach einem Antrage desselben Referenten werden zwei Motorpflüge aus der Sachdemobilisierung für das städtische Landwirtschaftsamt um 128.000 K angekauft.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Verpflegstaxen im Wohlthätigkeitshaus in Baden. Von Tage der Wiedereröffnung, das ist vom 6. April an, wird die Verpflegstaxe im Wohlthätigkeitshaus in Baden von K 7.50 auf K 17.50 täglich erhöht. Hierfür wird ein Zuschusskredit von 248.000 K genehmigt.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) berichtet über die Regulierung der Bezüge der Waisenhausärzte. Die Remunerationen der Hausärzte der sieben städtischen Waisenärzte werden ab 1. Jänner dahin geregelt, dass sich die Bezüge aus einem Fixum von je 3000 K für den täglichen Besuch und einem variablen Betrag von 10 K für jeden systematisierten Waisenhauszögling und das Jahr zusammensetzen sollen, die Anträge werden angenommen.

GR. Spelzer (Soz.-Dem.) berichtet unter anderem über die Einreihung der Privatdienstzeit für Angestellte, über die Systemisierung von Oberamtsgehilfenstellen, über ausserordentliche Zuwendungen an die Saisonarbeiter des Stadtgarten-Inspektorates sowie über die Systemisierung von Gehilfenstellen beim Stadtgarten-Inspektorat, einer 3. Portierstelle im Brauhaus der Stadt Wien, weiters über die Abänderung der Vorschrift über die Aufwandgebühren der Gemeinde Wien und endlich über die Instandsetzung von Badesnagen in den Feuerwachen Prater, Wieden und Neubau. Alle diese Anträge werden genehmigt.

Nach Anträgen des StR. Breitner wird die Anschaffung von Reifen für Dienst- und Sanitätskraftwagen im Betrage von 2.741.437 K und die Desinfektion von 40 Objekten des Jugendheimes Oberhollabrunn um den Betrag von 15.000 tschecho-slowakischer Kronen genehmigt.

Die öffentliche Sitzung wird sodann geschlossen.